

2021

I WALK THE LINE

Solidarit tskundgebunge
entlang der Balkanroute

Dokument erstellt von

CISL **Anolf** **Iscos**



Seit Anfang des Jahres versuchen Tausende von Personen über die sogenannte „Balkanroute“ nach Europa zu kommen. Migranten und Asylsuchende sitzen dort unter unmenschlichen Bedingungen und in Lebensgefahr fest. Diese Situation ist an den Grenzen der Europäischen Union leider nicht neu. Spätestens seit 2015 werden Barrieren und Mauern errichtet, Menschen zurückgedrängt und Lager errichtet, unter Verletzung der Menschenrechte, des Völkerrechts und der verfassungsmäßigen Rechte vieler Mitgliedsstaaten. Es ist notwendig, alle Beteiligten aufzufordern, u.a. die Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die Genfer Konvention und die italienische Verfassung zu respektieren.

Viele Bürger haben sich bemüht, etwas zur Eindämmung dieser humanitäre Katastrophe entlang der "Balkanroute" zu unternehmen, vor allem aus Österreich und Deutschland, auch weil viele Menschen aus Bosnien in diesen Ländern leben, aber auch aus Italien und anderen europäischen Ländern, indem sie die Tätigkeit des Roten Kreuzes und anderer lokaler Vereine und Freiwilliger unterstützen. Unter diesen sind besonders hervorzuheben: Ipsia (Acli), Caritas, No Name Kitchen, Sos Balkanroute, Pomozi.ba, Emmaus, KomPass Sarajevo 071, Freiwillige und Aktivisten aus Italien und anderen Ländern. Aus ihrem Engagement ist spontan eine Welle der Solidarität aus verschiedenen Teilen Italiens entstanden, an der sich Bürger, Vereine, Pfarreien, Parteigruppierungen, Gewerkschaften usw. mit der Sammlung von Geld, Kleidung und anderen lebensnotwendigen Gütern beteiligt haben.

In Bosnien-Herzegowina gibt es mehrere Gebiete, in denen die Situation kritisch ist, nicht nur im Kanton Una-Sana, sondern auch in den Gebieten um Tuzla, Mostar und Sarajevo selbst, sowie in Serbien, Montenegro und anderen Balkanländern.

Auch Anolf und das Netzwerk des Iscos, welches seit Jahren mit Kooperationsprojekten in Bosnien-Herzegowina präsent ist, haben sich überlegt, was sie konkret unternehmen können – von Sensibilisierungsinitiativen über Solidarität bis hin zu politischem Druck – um vor Ort Hilfe leisten zu können und sich gemeinsam mit der CISL und dem Europäischen Gewerkschaftsbund EGB weiterhin dafür einzusetzen, damit die Ursachen dieser schweren Menschenrechtsverletzungen beseitigt werden können.

In diesen Wochen hatten wir die Möglichkeit, uns mit Aktivisten und lokalen Helfern entlang der Balkanroute, aber auch mit EU-Abgeordneten, Gewerkschaftern, Vertretern der Institutionen, Journalisten und Forschern zu treffen, um die Lage besser zu verstehen und somit Maßnahmen und Initiativen vorschlagen zu können. Es ist dringend notwendig, den höchstmöglichen sozialen und politischen Druck auf die italienische Regierung, die EU-Kommission und den Europäischen Rat auszuüben, um die Gewalt und die Verletzung von grundlegenden Menschenrechten zu stoppen.



Insbesondere halten wir es für unerlässlich, dass dem Europäischen Parlament als Ort der Entscheidungsfindung und Planung der Migrationspolitik eine zentrale Rolle zukommt. Unserer Auffassung nach muss das derzeit diskutierte Maßnahmenpaket zur Migrationspolitik grundlegend abgeändert werden. Die Maßnahmen sollen in Übereinstimmung mit den grundlegendsten Menschenrechten und dem Völkerrecht, auf denen die Europäische Union gründet, diskutiert und beschlossen werden.

Migrationspolitik, wie auch immer sie verstanden wird, kann nicht – wie seit mindestens fünf Jahren – Maßnahmen beinhalten, die gegen das Völkerrecht, die Menschenrechte und die verfassungsmäßigen Rechte der einzelnen Mitgliedsstaaten verstoßen, wie dies bei "informellen Rückübernahmen", Zurückweisungen, Verweigerung von Hilfe, Gewalt und Folter derzeit der Fall ist. Viele dieser mittlerweile häufig angewandten Praktiken der Ordnungskräfte und Innenministerien werden unter offensichtlicher Nichtachtung der Gesetze durchgeführt, insbesondere verstoßen sie gegen den EU-Grenzkodex, die Dublin-III-Verordnung und andere Asylgesetze. Wir müssen die Rolle und die Tätigkeit von Frontex überdenken, welche keine Zurückweisungsmaßnahmen durchführen kann.

Ebenso müssen alle Maßnahmen, die diese „Personen in Transit“ für ihre Migration kriminalisieren, so schnell wie möglich abgeschafft werden. Man kann diese Menschen nicht für ihren Versuch verantwortlich machen, aus Situationen von Krieg, Armut, Folter, sozialer und politischer Gewalt zu entkommen. Statt sicheren Durchzug und geschützte Zonen zu gewähren, werden sie verfolgt und des Rechts beraubt, auf ein lebenswertes Leben zu hoffen. Repressive Maßnahmen und die Verfolgung von „Menschen in Transit“ fördern allzu oft die Aktivitäten von Menschenhändlern, anstatt sie einzudämmen, mit der Folge, dass sich Gewalt, Entbehrungen, Folter und Erpressung verschärfen.

Es ist auch notwendig, sämtliche Aktionen zu stoppen, die darauf abzielen, Freiwillige und zivilgesellschaftliche Organisationen zu kriminalisieren, die sich an Solidaritätsaktionen beteiligen zugunsten von "Menschen in Transit", Migranten und diejenigen, die internationalen Schutz suchen. Absolut inakzeptabel sind, wie bereits geschehen, Formen von Einschüchterung, Repression und Kriminalisierung von Aktivisten und Freiwilligen, die sich an Hilfs- und Solidaritätsinitiativen für Personen beteiligen, die von Gewalt oder Entbehrungen betroffen sind.



Dieser Zustand bereitet den Boden für die Verbreitung einer Kultur des Hasses, der Diskriminierung und der Gewalt gegenüber diesen Menschen und auch gegenüber den Freiwilligen, insbesondere den Frauen, die dafür von ihren eigenen Mitbürgern bedroht, verspottet, gedemütigt und belästigt werden. Wir müssen daher der physischen und psychischen Gewalt, die „Personen in Transit“ erleben, ein Ende setzen. Wir lehnen jegliche nationale oder europäische Initiative ab, welche die Einrichtung von zeitweiligen Aufnahmelagern entlang der EUAußengrenzen oder in den EU-Mitgliedsstaaten (z.B. Griechenland) vorsieht, da diese nur die Ausgrenzung, Diskriminierung und soziale Trennung von Menschen verstärken, auch von Frauen und Kindern, wie die Lebensbedingungen in den Lagern der IOM in Blažuj (Sarajevo) oder Sedra (Cazin) zeigen.

Wir halten es daher für dringend erforderlich:

- Verfahren zur Evakuierung von feststehenden Menschen aus formellen und informellen Lagern, sogenannten "Dschungeln" und besetzten Häusern einzuleiten, auch durch die Öffnung humanitärer Korridore und Formen internationalen Schutzes;
- alle Formen europäischer und nationaler Unterstützung zu fördern, um Aufnahmeformen zu entwickeln, die keinem Lager entsprechen, insbesondere zugunsten besonders gefährdeter Personen;
- dass die europäischen und italienischen Institutionen (auch auf lokaler Ebene) sich gegenüber den Behörden der betroffenen Länder einsetzen, damit die dort tätigen Nichtregierungsorganisationen und internationalen Freiwilligenorganisationen nicht schikaniert oder einschüchtert werden, und dass sie ihre Tätigkeit zugunsten der "Menschen in Transit" und der Migranten auch ausüben können;
- dass so schnell wie möglich eine unabhängige Überwachung eingerichtet wird, um zu erheben, was innerhalb der Lager, in den Grenzgebieten und bei den Grenzkontrollverfahren passiert;
- dass die italienische Regierung unverzüglich klärt, was an der östlichen Grenze Italiens geschieht, dass sie eine genau Überprüfung einleitet, was die Rückübernahme von Migranten zwischen Italien, Slowenien und Kroatien betrifft, ebenso eine eventuell ausgeübte Gewalt im Zuge der Verfahren gegen "Personen in Transit" sowie die Ketten- Zurückweisungen zwischen diesen Ländern und Serbien und Bosnien-Herzegowina, um das Recht auf Zugang zum Asylverfahren gemäß EURecht und Genfer Konvention von 1951 wirksam zu schützen;



- dass die Europäische Kommission das Europäische Parlament über Kettenzurückweisungen, die einen oder mehrere ihrer Mitgliedstaaten betreffen, aufklärt und informiert;
- die Schaffung eines nachhaltigen Asylsystems auf der Grundlage geteilter Verantwortung und mit einem Ansatz, der Rechte und Solidarität in den Mittelpunkt stellt, wie es auch im Artikel 80 des Vertrags über die Arbeitsweise der EU vorgesehen ist, auch über eine angemessene Reform der Dublin- Verordnung, um die Bestimmung abzuändern, welche die Zuständigkeit für die Prüfung des Antrags an das EU-Ersteintrittsland überträgt, und um eine verbindliche Verteilung der Asylsuchenden auf alle beteiligten europäischen Länder auf der Grundlage fairer Parameter vorzusehen, wobei auch Bindungen der Antragsteller an ihr Herkunftsland zu berücksichtigen sind;
- dass ausländischen Staatsbürgern Informationen und die Möglichkeit der Beantragung von internationalem Schutz an der Grenze garantiert werden, wobei auch qualifizierte Verbände und Vereine miteinzubeziehen sind;
- dass alle lokalen Institutionen, Regionen, Gewerkschaften und politischen Parteien aufgerufen werden, Resolutionen und Anträge zu verabschieden, um von der italienischen Regierung Antworten auf die Geschehnisse entlang der Balkanroute einzufordern, für eine demokratische Aktion „von unten“, die darauf abzielt, die Migrationspolitik so abzuändern, damit endlich die Rechte der Menschen anerkannt und die physische und psychische Gewalt gegen diejenigen beenden werden kann, die jetzt an unseren "Grenzen" festsitzen.

Rom, 24. März 2021

